

VERTRAG ÜBER INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM
GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT
(Artikel 36 und Regel 70 PCT)

RECD. 15 DEC 2004
WIPO PCT

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts R.304251 Vogt/Da	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/IPEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/00696	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 04.03.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 23.09.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK B60R21/01		
Anmelder ROBERT BOSCH GMBH et al.		

1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.

2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 6 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.

Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).

Diese Anlagen umfassen insgesamt 1 Blätter.

3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- I Grundlage des Bescheids
- II Priorität
- III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
- IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
- V Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
- VI Bestimmte angeführte Unterlagen
- VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
- VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

Datum der Einreichung des Antrags 24.07.2003	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 13.12.2004
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Geuss, H Tel. +49 89 2399-7330



I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigefügt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1-8 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-3 eingegangen am 12.06.2004 mit Schreiben vom 08.06.2004

Zeichnungen, Blätter

1/6-6/6 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- Beschreibung, Seiten:
- Ansprüche, Nr.:
- Zeichnungen, Blatt:

**INTERNATIONALER VORLÄUFIGER
PRÜFUNGSBERICHT**

Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/00696

5. Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

siehe Beiblatt

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung Neuheit (N)	Ja: Ansprüche
	Nein: Ansprüche 1-4
Erfinderische Tätigkeit (IS)	Ja: Ansprüche
	Nein: Ansprüche 1-4
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)	Ja: Ansprüche: 1-4
	Nein: Ansprüche:

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Zu Punkt I.5

Der geänderte Anspruch 1, der mit Schreiben vom 08.06.2004 eingegangen ist, erfüllt nicht die Anforderungen an Art. 19 (2) und 34(2) b PCT, da der Gegenstand des geänderten Anspruchs über den in der Beschreibung offenbarten hinausgeht.

An der vom Anmelder als Offenbarungsnachweis angegebenen Stelle der Beschreibung (Seite 5, Zeilen 6ff.) ist die Funktionsweise einer Anordnung anhand der Fig. 2 beschrieben. Es scheint, daß der Wortlaut des geänderten Anspruchs 1 eine Verallgemeinerung des dort beschriebenen Ablaufs darstellt: Unter anderem ist dort ausgeführt, daß bestimmt wird, "... welche der beiden Geschwindigkeiten des linken und rechten Upfront-Sensors maximal ist." Im Anspruch ist lediglich von einem Maximum (das muß nicht zwangsläufig das selbe sein) der beiden Signale (hier fehlt der Verweis auf die Geschwindigkeit) die Rede.

Ebenfalls ist an dieser Stelle nicht offenbart, wie sich die Signale und Schwellen bei zweistufigen Rückhaltemitteln verhalten.

Somit ist eine substantielle Prüfung des geänderten Anspruchs nicht möglich; Basis des Internationalen Vorläufigen Prüfungsberichts ist somit die ursprünglich eingegangene Fassung der Ansprüche, Regel 70.2 c) PCT.

Zu Punkt V.2

Dokumente

Es wird auf die folgenden, im Recherchenbericht genannten Dokumente verwiesen:

- D1: DE-A-19955559
- D2: DE-A-10010905

D3: EP-A-0987151

Neuheit und Erfinderische Tätigkeit

Anspruch 1 erfüllt nicht die Anforderungen von Art. 33(2) PCT hinsichtlich Neuheit, da das Dokument D1 sämtliche Merkmale des Anspruchs offenbart.

Im Einzelnen offenbart D1 eine (Die Anmerkungen in Klammern beziehen sich auf D1):

Anordnung zum Ansteuern von Rückhaltemitteln, wobei die Anordnung ein im Fahrzeug zentral angeordnetes Steuergerät mit wenigstens einem Beschleunigungssensor (Fig. 2: 14, 16, Zusammenfassung) und wenigstens einem Upfrontsensor (17,19 in Fig. 2, auch-Zusammenfassung) aufweist, wobei das Steuergerät derart konfiguriert ist, daß das Steuergerät die Rückhaltemittel ansteuert, wenn jeweilige abgeleitete Signale des wenigstens einen Beschleunigungssensors und des wenigstens einen Upfrontsensors jeweilige Schwellen überschreiten (das ist immer so, ggf. ist die Schwelle=0, aber auch Zusammenfassung), wobei das Steuergerät die jeweiligen Schwellen in Abhängigkeit des wenigstens einen Upfrontsensors ändert (ebenfalls in der Zusammenfassung).

Ebenfalls nehmen die Dokumente D2 und D3 den Gegenstand des Anspruchs 1 neuheitsschädlich hinweg, siehe dabei vor allem die im Recherchenbericht angegebenen Stellen.

Ebenfalls sind die Merkmale der abhängigen Ansprüche mindestens aus D1 bekannt. Für Anspruch 2 siehe z.B. (!) Fig. 3, Signal 74, für Anspruch 3, Spalte 3, Zeilen 50 ff. und für Anspruch 4 unter anderem Fig. 1, Filter 42,43,33,35.

Zum Teil offenbaren auch die Dokumente D2 und D3 Merkmale der abhängigen Ansprüche, hierzu wird auf den Recherchebericht verwiesen.

Weitere Mängel der Anmeldung:

1. Um die Erfordernisse der Regel 6.3 (b) PCT zu erfüllen, sollte der Anspruch 1 in der zweiteiligen Form abgefaßt werden, wobei die Merkmale , die im nächsten Stand der Technik offenbart sind in den Oberbegriff aufzunehmen wären (Regel 6.3(b)(i) PCT) und die verbleibenden Merkmale in den kennzeichnenden Teil (Regel 6.3(b)(ii) PCT und PCT Guidelines PCT/GL/3 III, 2.3a) .
2. Im Widerspruch zu der Regel 5.1(a)(ii) PCT ist der relevante Stand der Technik nicht in der Beschreibung gewürdigt worden.
3. Der Ausdruck "die ... Geschwindigkeitssignale ..." (Anspruch 2) ist an dieser Stelle noch nicht definiert worden; somit sollte der unbestimmte Artikel verwendet werden, Art. 6 PCT.
4. Anspruch 4 steht im Widerspruch zu der Beschreibung. Dort ist ausgeführt, daß es sich bei dem verwendeten Filter um einen Tiefpass handelt, der - wie der Name sagt - tiefe Frequenzen passieren läßt.
Der Anspruch formuliert hingegen die Filterung "...bis zu 100 Hz..." was nach allgemeinen Verständnis nur von 0 bis 100 Hz bedeuten kann.
Dies entspräche einem Hochpassfilter.

Neue Patentansprüche

1. Anordnung zum Ansteuern von Rückhaltemitteln, wobei die Anordnung ein im Fahrzeug zentral angeordnetes Steuergerät (4) mit wenigstens einem Beschleunigungssensor und wenigstens einem Upfrontsensor (2, 3) aufweist, wobei das Steuergerät (4) derart konfiguriert ist, dass das Steuergerät (4) die Rückhaltemittel ansteuert, wenn jeweilige abgeleitete Signale des wenigstens einen Beschleunigungssensors und des wenigstens einen Upfrontsensors (2, 3) jeweilige Schwellen (S) überschreiten, wobei das Steuergerät die jeweiligen Schwellen in Abhängigkeit vom Signal des wenigstens einen Upfrontsensors (2, 3) ändert, dadurch gekennzeichnet, dass zwei Upfrontsensoren (2, 3) vorgesehen sind und das Steuergerät ein Maximum der beiden Signale der zwei Upfrontsensoren (2, 3) für die Änderung der jeweiligen Schwellen verwendet, dass die Anordnung zur Ansteuerung von einem zweistufigen Rückhaltemittel ausgebildet und dass die beiden Schwellwerte, die das abgeleitete Signal des Beschleunigungssensors zur Auslösung der ersten und zweiten Stufe überweitet, in Abhängigkeit von dem Maximum verändert werden.
2. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass das Steuergerät (4) derart konfiguriert ist, dass das Steuergerät (4) jeweilige Geschwindigkeitssignale von den Signalen des wenigstens einen Beschleunigungssensors und wenigstens einen Upfrontsensors (2, 3) für den Vergleich mit den jeweiligen Schwellen (S) bildet.
3. Anordnung nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass die Anordnung derart konfiguriert ist, dass die Anordnung die Beschleunigungssignale mit einer oberen Grenzfrequenz von bis zu 100 Hz zur Bildung geschwindigkeitsähnlicher Signale filtert.